



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Stockhammern, Franz von: Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling
(1915-1917). IX.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Interesse, das uns auf dieses Forschungsgebiet weist; es ist ein nationales Bedürfnis, Klarheit über alles, was zu Deutschlands Unglück geführt hat, zu erhalten. Klarheit und Wahrheit sollen Quellen der Kraft werden, politisches Urteil und politische Reife erzeugen; möchten unter diesem Gesichtspunkte selbst Verfehlungen und Fehlschläge eines abgelaufenen Zeitalters einem heranwachsenden Geschlecht zum Segen gereichen.



Aus Geheimberichten an den Grafen Hertling

(1915—1917)

Von Franz von Stockhammern, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium

IX.

Zürich, den 23. März 1917.

Ihre Excellenz dürfte es vielleicht interessieren, über die Eindrücke unterrichtet zu werden, die ich dieser Tage bei verschiedenen Unterredungen mit österreichisch-ungarischen Diplomaten gewonnen habe, die ich hier und in Bern sah und die ihre Bestätigung durch die Mitteilungen fanden, die mir ein derzeit hier weilender süddeutscher Politiker über den Meinungsaustausch gemacht hat, den er mit dem neuen österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern hatte.

Man ist demnach in Wien, und zwar an allerhöchster Stelle, außerordentlich besorgt wegen der Rückwirkungen, die der weitere Verlauf der russischen Revolution für die Entwicklung der Verhältnisse in Österreich befürchten läßt. Was in erster Linie auf die Hofburg konsternierend gewirkt hat, ist die Selbstverständlichkeit, mit der sich die Ereignisse in Rußland vollzogen haben, und das klägliche Versagen all der Elemente, die, wie Hof, Adel und Armee der Dynastie besonders treu zur Seite stehen sollten. Die Monarchie schien in Rußland fester verankert, als in irgend einem Lande und man erlebt nun das Schauspiel, daß die erzwungene Abdankung des Zaren sich in den ruhigsten Formen und ohne besondere Gewalttätigkeiten vollzieht. Das scheint in Wien etwas nachdenklich zu stimmen, da man sich dort darüber nicht im Zweifel ist, daß all die zentrifugalen Strömungen, die die Existenz der Donaumonarchie bedrohen, durch die Ereignisse in Rußland neue Belebung und Stärkung erfahren werden. Wenn die Äußerungen der zum Teil offiziell, zum Teil inoffiziell in der Schweiz tätigen österreichischen Diplomaten, die ich sah, in etwas die Stimmung in Wien richtig wiedergeben, so ist diese eine mehr als ernste.

Luzern, den 3. April 1917

Es ist bedauerlicherweise nicht an dem, daß etwa lediglich die eine oder andere deutsche Zeitung an das Märchen von einer demnächst in Italien ausbrechenden Revolution glaubt, sondern nach den im übrigen sehr interessanten Mitteilungen eines dieser Tage in die Schweiz gekommenen ersten deutschen Zeitungsmannes glaubt man sowohl im Reichstag, als, *incredibile dictu*, auch in

der Wilhelmstraße an diese Dinge. Mein neutraler Gewährsmann hat sich mir gegenüber beeilt, seine und seiner politischen Freunde, denen eine gewisse Kenntnis des innerpolitischen Lebens Italiens nicht abzusprechen sein dürfte, Ansicht zu diesen Berliner Meinungen auseinanderzusetzen. Er hat den Gedanken an eine baldige Umstürzbewegung in Italien in das Reich der Fabel verwiesen und zwar mit Argumenten, deren Sachlichkeit nur durch die Ruhe übertroffen wird, mit der sie vorgebracht wurden. Es ist schwer zu begreifen, wie ein Politiker vom Ansehen des Herrn Spahn vor dem Reichstag und vor Europa seine unberholene, noch dazu durch keinerlei Tatsachen motivierte Freude darüber aussprechen kann, daß Italien zur Republik wird. Man sollte glauben, die demokratische Flutwelle, die seit Ausbruch des Krieges über Europa weggeht und die seit dem Ausbruch der russischen Revolution besonders hoch brandet, würde es als wünschenswert erscheinen lassen, die Zahl der Republiken nicht unnötig vermehrt zu sehen. Mein Freund bemerkt sehr richtig, daß eine derartige Umwandlung der Staatsform Italiens nur zur Folge haben würde, daß das an sich schon mit den innerpolitisch rückständigsten Staaten Europas verbündete Deutschland mehr, als bereits bisher, isoliert würde, und daß andererseits die Republik Italien mit der Republik Frankreich zu unauflöslicher Gemeinschaft verbunden würde. Hierzu kommt noch ein Moment, das für Herrn Spahn und seine Inspiratoren von Bedeutung ist und sein muß: die Stellung des Heiligen Stuhles. Wird Italien Republik, so sind die Tage des Papstes in Rom gezählt. Man wird sagen, daß das Papsttum mehrere Exile er- und überlebt habe und immer wieder im Triumph nach Rom zurückgekehrt sei. Das ist richtig; die Verhältnisse liegen aber heutzutage, wo Italien ein geschlossener Nationalstaat von den Alpen bis nach Sizilien ist, doch, äußerlich wenigstens, wesentlich anders. Will der Papst wieder nach Rom zurückkehren, so muß er mit Italien verhandeln, um überhaupt hereingelassen zu werden, ein Umstand, der ihm die Rückkehr nicht gerade erleichtern wird.

Zürich, den 8. April 1917.

Die Osterwoche hat eine Reihe deutscher und österreichischer Politiker nach der Schweiz geführt. Man war daher mehr als sonst in der Lage, sich auch über die Stimmung im eigenen Lande zu informieren. Hinzu kommen die Eindrücke, die uns aus Schweizer Kreisen zugehen. Euerer Exzellenz wollen mir erlauben, das aus der Gesamtheit dieser Eindrücke gewonnene Bild in kurzen Umrissen zu skizzieren.

Die Entente glaubt, daß sie sich größere militärische Anstrengungen sparen kann und daß sie ihre Kriegsziele erreicht, lediglich, wenn sie unserem wirtschaftlichen Absterben kalten Blutes zusieht. Es ist dies die Losung, die meinen sicheren Nachrichten zufolge von England derzeit ausgegeben wird und für deren Richtigkeit bedauerlicherweise manche der Nachrichten sprechen, die aus Deutschland hierher gelangen. Daß in Deutschland — und mutatis mutandis trifft das gleiche für Österreich zu — nicht alles in Ordnung ist, das festzustellen bedarf es keiner besonderen Spionage. Die Wirkungen, die die Ereignisse in Petersburg auf die innerpolitische Entwicklung Deutschlands ausüben, spiegeln sich klar in den Darlegungen der linksgerichteten deutschen Presse wider. Die

tiefgreifende Bewegung aber, die durch Deutschland in diesen Tagen geht, findet in diesem Wellengekräusel der öffentlichen Meinung einen vorderhand nur schwachen Ausdruck. Wenn die hierher gelangten Informationen den Tatsachen entsprechen, so trägt sich die preußische Regierung mit der Absicht, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Dies von der Angst der Stunde diktierte Projekt wird sich kaum realisieren lassen, da die Stellung des derzeitigen preußischen Ministerpräsidenten (Bethmann) bei den maßgebenden Parteien Preußens nicht von der Stärke ist, die zur Durchführung einer derart umstürzenden Reform Vorbedingung wäre. Auf der anderen Seite wird die Partei der viereinhalb Millionen Reichstagswähler immer begehrlischer, wie hier gefallene Äußerungen führender Männer dieser Partei zweifelsfrei erkennen lassen. In diesen Kreisen kommt die Besorgnis, daß Deutschland aus dem Verzweigungskampf, zu dem es sich verurteilt sieht, nur schwer geschädigt herauskommen wird, immer klarer zum Ausdruck. Es wäre übrigens verfehlt, zu glauben, daß die Stimmung froher Zuversicht, die die deutsche Presse angesichts der Intervention Amerikas zur Schau trägt, der wirklichen Meinung auch rechtsgerichteter Kreise entspricht. Über all diese Dinge sind, zwar nicht en détail, aber in großen Umrissen, unsere Gegner in bedauerlich genauer Weise unterrichtet. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Zeit mit zellsicherer Grausamkeit ihren Gang geht. Gelingt es Amerika, in völliger Übereinstimmung mit den Plänen Englands, den Krieg auf das Jahr 1918 hinauszuziehen, so ist die Rechnung unserer Feinde als richtig erwiesen. Darauf baut die Entente. Sie erwarten die Entscheidung, nicht auf militärischem Gebiete, auf dem die ernstesten ihrer Staatsmänner unsere bisherige Überlegenheit in camera caritatis anerkennen, wohl aber ist sie, mehr als früher, von der Richtigkeit ihrer Theorie von der guerre d'usure überzeugt.

Ich habe mir bereits früher erlaubt, Euerer Excellenz darauf hinzuweisen, daß in der Presse der Entente mehr und mehr die Tendenz dahin geht, unseren Kaiser in Evidenz zu stellen und dem deutschen Volk den Glauben beizubringen, daß er und die in ihm verkörperte Politik der Eckstein auf dem Weg der Hindernisse zum Frieden seien. Die inzwischen veröffentlichte Botschaft Wilsons schlägt in dieselbe Kerbe. Wir dürfen die Wirkungsmöglichkeiten derartiger Kundgebungen nicht unterschätzen. *Tua res agitur*, das werden sich mehr oder weniger alle deutschen Bundesfürsten sagen müssen. Nicht, als ob unsere Dynastien nicht genügend festgewurzelt wären im Volk, als daß sie nicht auch diese Strömungen überdauern würden. Der Verlust an Prestige aber, den eine durch die Umstände erzwungene Abdankung des deutschen Kaisers für den monarchischen Gedanken im Gefolge haben mußte, würde indirekt wohl von sämtlichen Fürstenhäusern empfunden und in einer Art Solidarhaft getragen werden müssen.

Euerer Excellenz haben wiederholt sich dahin geäußert, meine Berichtserstattung sei pessimistisch. Ich glaube aber andererseits in der Lage zu sein, in einer Reihe von Fragen meine Berichte als durch die spätere Entwicklung der Dinge bestätigt zu erweisen. Wenn ich mir daher erlaube, heute, unter dem Eindruck der Äußerungen von Politikern, deren Urteil sich bisher als ponderiert erwiesen hat, ein wenig hoffnungsvolles Bild zu entwerfen, so leitet mich

hierbei die Absicht, Euerer Excellenz pflichtgemäß die Auffassung zu melden, die sich dem nüchternen Beobachter hier, im neutralen Lande, aufdrängt.

Diese Auffassung geht, in einem knappen Satze, dahin, daß, wenn wir nicht noch in diesem Jahre den Frieden bekommen können, Deutschland schweren und in ihren weiteren Wirkungen garnicht übersehbaren Erschütterungen entgegengeht. Daß unsere derzeitige politische Leitung auch beim besten Willen in der Lage ist, den Frieden herbeizuführen, ist zu bezweifeln.

Luzern, den 18. April 1917.

Den Äußerungen eines bekannten linksgerichteten Reichstagsabgeordneten, der dieser Tage in der Schweiz gewesen ist, konnte entnommen werden, daß es sich bei der für Preußen angekündigten Wahlreform allem Anschein nach nicht um ein Pluralwahlrecht, sondern um die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen unter noch festzulegenden Modalitäten handelt. Derselbe Politiker hält den Übergang zum parlamentarischen System auch im Reich, ungeachtet der hinlänglich bekannten verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten, für notwendig und wahrscheinlich. Seine Majestät der Kaiser, der sich hinsichtlich der Reform in Preußen sehr large erweist, sei jedoch in diesem Punkte vorläufig intransigent. Wenn der Krieg, wie es allen Anschein hat, für Deutschland nicht so endet, wie die Nation annahm, dürfte der Standpunkt der Intransigenz wohl kaum mehr haltbar sein.

Rücksichtlich des Unterseebootkrieges herrscht nach aus Bern an mich gelangten Nachrichten in den Kreisen der Entente die Überzeugung, daß durch den Eintritt Amerikas die Krisis für England überwunden sei. Der Verkehr zwischen England und Frankreich wickle sich so glatt ab wie in Friedenszeiten, eine ernsthafte Gefährdung der Ernährung der Bevölkerung komme nicht in Betracht, wenn auch mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen sei. Andererseits zirkulieren in den gleichen Kreisen immer bestimmter auftauchende Meldungen von Unruhen und Hungerrevolten, mit denen Deutschland in den Monaten Mai und Juni zu rechnen habe. Die aus Deutschland abgereisten amerikanischen Diplomaten und Bürger, von denen ein großer Teil sich in der Schweiz niedergelassen hat, tragen durch ihre Erzählungen hauptsächlich zur Bildung dieser Gerüchte bei. In ähnlich ungünstigem Sinne wirken die Nachrichten, die durch die unter gleichen Verhältnissen aus Osterreich-Ungarn in die Schweiz gelangten Amerikaner über die wirtschaftlichen Verhältnisse des verbündeten Kaiserreiches verbreitet werden. Sie werden durch Mitteilungen aus Wien indirekt bestätigt, denen zufolge die Donaumonarchie nach Abzug des Heeresbedarfs nur mehr für 70 Tage Getreide habe. Da die ersten Bodenfrüchte in Südungarn, normale Witterungsverhältnisse vorausgesetzt, etwa in der ersten Hälfte Juli zum Schnitt kommen, so ist für Osterreich-Ungarn mit einer kritischen Periode zu rechnen.

Es ist unter diesen Umständen zu verstehen, daß der Wunsch nach Frieden sich in Osterreich-Ungarn greifbarer und dringender kundgibt, als dies bisher bei uns der Fall gewesen ist. Die Einberufung des Reichsrates, die vorläufig für Mitte Mai in Aussicht genommen ist, hängt, wie die Wiener Presse unter

Billigung, wenn nicht vielleicht auf Anregung der Zensur hervorhebt, mit den Friedensfragen zusammen. Man gibt sich in Wien gar keine Mühe, sein Friedensbedürfnis zu verhehlen. Wenn diesem Verhalten positive Ergebnisse bereits gepflogener Verhandlungen zugrunde liegen, ist es verständlich. Im anderen Falle ist es unverständlich und kann unsere ohnehin nicht sehr starke Position nur verschlechtern.

Luzern, den 23. April 1917

Im Vordergrund des Interesses steht hier in der Schweiz die großzügige Art, in der Amerika, wie schon so manch andere Dinge, nun auch seine Intervention anpackt. Ich hatte in den letzten Wochen wiederholt Gelegenheit, die Darlegungen eines großen amerikanischen Geschäftsmannes, dessen Deutschfreundlichkeit nach verlässiger Auskunft über jedem Zweifel steht, über die Stimmung und Absichten Amerikas zu hören. Seine Auffassung deckt sich vollkommen mit dem, was ich von einer anderen, der amerikanischen Gesandtschaft Bern nahestehenden Seite, erfahre. Der Mann steht zur Hochfinanz aller Ententeländer in geschäftlichen Beziehungen und was er ausführt, erweckt den bedauerlichen Eindruck, daß man bei uns, wie bisher so ziemlich jedes Land, auch Amerika wieder einmal gründlich unterschätzt hat. Es sind nicht nur militärische Sorgen, sondern solche wirtschaftlicher Natur, die die Intervention Amerikas uns allem Anschein nach bereiten wird. Abgesehen von den bereits beschlagnahmten Schiffen, zu denen als Begleiterscheinung wohl auch die gleichen Maßnahmen südamerikanischer Staaten zu rechnen sind, sind starke Verluste deswegen zu befürchten, weil Amerika, falls der Krieg eine gewisse Zeit noch dauern sollte und falls wir in wachsendem Maße amerikanische Schiffe zerstören sollten, sich durch Beschlagnahme all der beträchtlichen Mengen von Rohstoffen schadlos zu halten gedenkt, die die deutsche Industrie und der deutsche Großhandel sich in der leider bereits öfters getäuschten Hoffnung eines baldigen Friedensschlusses in Amerika gesichert hatten. Hinzu kommt, daß die Entente in ihren demnächstigen wirtschaftlichen Abmachungen mit Amerika es als erste Bedingung zu erklären beabsichtigt, daß Amerika sich verpflichte, nach dem Krieg zuerst an die Länder der Entente und dann erst an die Zentralmächte und ihre Verbündeten Rohstoffe zu liefern. Die Wirkungen dieser Maßnahme auf unser Wirtschaftsleben und auf die Wiederaufnahme unserer industriellen Tätigkeit sind schwer abzusehen; immerhin aber ist jetzt schon fraglich, ob sie das Plus an zerstörten Schiffen aufwiegen, das wir bisher durch die Verschärfung des Unterseebootskrieges erzielen haben können.

Bern, den 29. April 1917

Die nachgerade an Nervosität gemahnende Art, in der Osterreich-Ungarn sein Friedensbedürfnis der Welt kundgibt, macht auch in dem uns günstig gesinnten neutralen Ausland einen schlechten Eindruck. Das Gelöbnis Kaiser Karls, im Falle der Erreichung des Friedens eine Kirche zu bauen, wird von unseren Feinden nicht vom religiösen, sondern ausschließlich vom politischen Standpunkt aus gewertet und als Zeichen äußerster Schwäche gedeutet. Was man an amtlichen und nichtamtlichen Kundgebungen in der österreichisch-ungarischen Presse zum gleichen Gegenstand liest, ist nicht dazu angetan, unseren Gegnern einen besseren Begriff von der

Widerstandsfähigkeit unseres Verbündeten beizubringen. Die entgegenkommende Weise, in der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und die ihr nahestehenden Blätter die bisher von keinerlei Erfolg begleiteten Schritte und Proklamationen der deutschen Sozialdemokratie begleiteten, kann diesen peinlichen Eindruck nur verstärken. Wer ruhig und unbefangen die Dinge in Deutschland hier vom Auslande aus verfolgt, muß annehmen, daß man bei uns mehr und mehr bemüht ist, unser Volk für die Idee eines faulen Friedens zu gewinnen, für dessen schmerzliche Enttäuschungen es durch eine möglichst nach links gerichtete Politik der nächsten Zukunft entschädigt werden soll. Unsere Feinde verfolgen diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit und ziehen aus ihr Schlüsse, die uns die Einleitung der Friedensverhandlungen seinerzeit erschweren werden.

Genf, den 5. Mai 1917

Man hat in Paris allem Anschein nach eine gute Witterung gehabt, was von dem Augenblick an nicht mehr wundernehmen konnte, in dem Herr Thomas, der der radikalsozialistischen Partei angehörige französische Munitionsminister, erst einmal in Petersburg aufgetaucht war, der als Republikaner selbstverständlich ganz andere Entrees bei seinen russischen politischen Freunden hat, als Herr Scheidemann, der als sozialistischer Vertreter einer für die öffentliche Meinung der Entente als reaktionär abgestempelten Monarchie den Abgesandten des Herrn Kerenski offenbar kein rechtes Vertrauen einflößt. Hierin liegt zu einem guten Teil die Tragik unserer Lage. Der durch diesen Krieg in ungeahnter Weise erstarrte demokratische Gedanke hat von dem Tag an, an dem nun auch Amerika sich mit dem ganzen Gewicht seines Ansehens und seiner Macht für ihn eingesetzt hat, die Welt mit verstärkter Gewalt in seinen Bann geschlagen. Daß Deutschland, soll es nicht ein ewiger Störenfried bleiben, demokratisiert, daß sein Staatsleben auf die Grundlage des Parlamentarismus gestellt werden müsse, das ist ein Gedanke, der, wie ich Euerer Erzellenz bereits in einem früheren Bericht andeuten durfte, von der Presse der Entente mit Geschick und Nachdruck in die Köpfe gehämmert wird, derart, daß nicht einmal unsere Sozialdemokraten, die an „exinanitio“ wahrhaftig alles geleistet haben, was man von ihnen verlangen konnte, im Auslande mehr für vollwertige Vertreter des freiheitlichen Gedankens genommen werden. Da auch die Stockholmer Mission des Herrn Erzberger, all der Energie ungeachtet, mit der er die Sache in Fluß gebracht hat, als vorläufig gescheitert gelten muß, scheint uns der Weg zum Frieden mit Rußland wieder neuerdings auf längere Zeit versperrt.

In Wien fährt man nach wie vor fort, sich zum Frieden zu bekennen, was von der Presse unserer Feinde mit begreiflicher Lieblosigkeit lediglich auf der Kontoseite „Schwäche“ verbucht wird. Graf B. hat über diesen Punkt in den letzten Tagen eine Andeutung gemacht, die ich, um seine Position in Berlin nicht zu gefährden, aus meiner Berichterstattung ausgeschieden habe.

